

Was bleibt von den Nuller-Jahren?

Ein Unternehmensberater, ein Politiker, ein Erzbischof und ein Kabarettist blicken zurück auf das vergangene Jahrzehnt. Die PNP wollte wissen: Was wurde angestoßen, was versäumt? Mit welchem Schub, mit welcher Bürde gehen wir in die Zukunft?

Von Roland Berger

Zurück in die Zukunft: So hieß in den 1980ern ein Film, in dem ein junger Mann in die Vergangenheit reist und von dort aus die Zukunft verändert. Blickt man auf das vergangene Jahrzehnt, wünscht man sich manchmal diese Möglichkeit: Der Kollaps der New Economy, der 11. September und der weltweite Kampf gegen den Terror mit allen Folgen für Menschenleben und Menschenrechte, Kriege, Klimawandel, Finanz- und Wirtschaftskrise – genug Stoff für einen weiteren Science-Fiction-Film.

Doch leben wir nun mal in der Realität. Schon einfache Vorhersagen haben eine immer kürzere Halbwertszeit, wie die ständig neuen Wachstumsprognosen in der Krise verdeutlichen. Zur Jahrtausend-Wende wagten viele den Blick in die Glaskugel. Bill Clinton

„In vielen Disziplinen besser“

etwa prognostizierte, dass die USA Haushaltsüberschüsse erwirtschaften und bis 2010 schuldenfrei sein würden. Heute liegt Amerikas Staatsverschuldung bei enormen zwölf Billionen Dollar! Das ifo-Institut wiederum warnte, hier zu Lande werde die Arbeitslosenquote bis 2010 auf über 14 Prozent steigen. Auch diese Prognose ist – glücklicherweise – nicht eingetreten: Aktuell sind es 7,4 Prozent.

Wie hat sich Deutschland im vergangenen Jahrzehnt entwickelt? Einerseits sind in der ersten Hälfte der Dekade dringend nötige Reformen eingeleitet worden, mehr als viele Jahre zuvor. Unter anderem hat der Umbau des Sozialstaats – etwa die Agenda 2010, Riester, Hartz IV – den Faktor Arbeit flexi-

bilisiert und von Kosten entlastet, Jobs geschaffen und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Andererseits kamen die Reformen danach quasi zum Erliegen, was nur bedingt der Finanz- und Wirtschaftskrise anzulasten ist.

Es bleibt viel zu tun. Auch langfristige Themen wie Demographie, Bildung, Klimawandel, Finanzmarkt- und Haushaltskonsolidierung verlangen – endlich – entschlossenes Handeln.

Positiv hat Deutschland sich in außenpolitischer Hinsicht verändert. Vom Kampf gegen Terroris-

mus und Finanzkrise bis zu den Verhandlungen über ein Klimaschutzabkommen: Unser Land übernimmt wieder Verantwortung in der Welt. Und auch wenn es – etwa über die Bundeswehreinräte im Ausland – erbitterte Diskussionen gab und gibt, besteht doch ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Konsens über die Werte, die uns als Nation verbinden und die wir in der Welt vertreten wollen.

Mein Fazit aus den „Nuller-Jahren“: Trotz einiger Rückschläge haben wir uns in vielen Disziplinen verbessert. Nun gilt es, die Erkenntnisse umzusetzen und weiter rasch zu lernen, denn auch die nächsten Jahre dürften von Unsicherheit geprägt sein. Und ein „Zurück in die Zukunft“ mit anschließendem Happy End gibt es – leider – nur im Film.

Roland Berger (72) ist Gründer der Unternehmensberatung Roland Berger mit Sitz in München.



Von Theo Waigel

Der Beginn des Jahres 2000 wurde eingeläutet von euphorischen Gesängen und Weltuntergangsstimmungen. Beides ist nicht eingetreten. Es war ein Jahrzehnt, geprägt von Höhen und Tiefen, von großen Schwankungen in der deutschen Politik. Zu Beginn stand die New Economy mit unglaublichen Erwartungen. Sie platzte und hinterließ einen Scherbenhaufen in Teilen der Wirtschaft und der deutschen Finanzpolitik. Statt Haushaltsausgleich wurde Deutschland zum mehrfachen Sünder des Stabilitätspakts und stand auf der Anklagebank der europäischen Finanzpolitik. Unabhängig davon bewährte sich der Euro als neue europäische Währung und war in den großen Krisen 2001, während des Jugoslawienkriegs und in der jüngsten Finanzkrise der rettende Schirm für

die europäischen Länder. So wurde Europa zum Stabilitätsanker des Weltwährungssystems.

Zum ersten Mal nach Jahrzehnten befand sich Deutschland wieder im Krieg – im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan, auch

„Ohne Reformen nicht zu bewältigen“

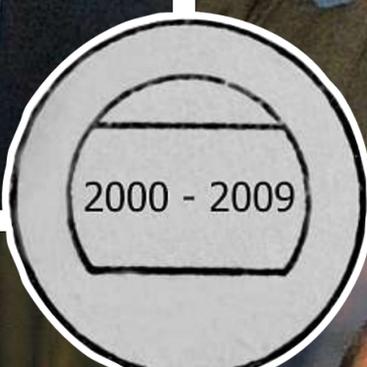
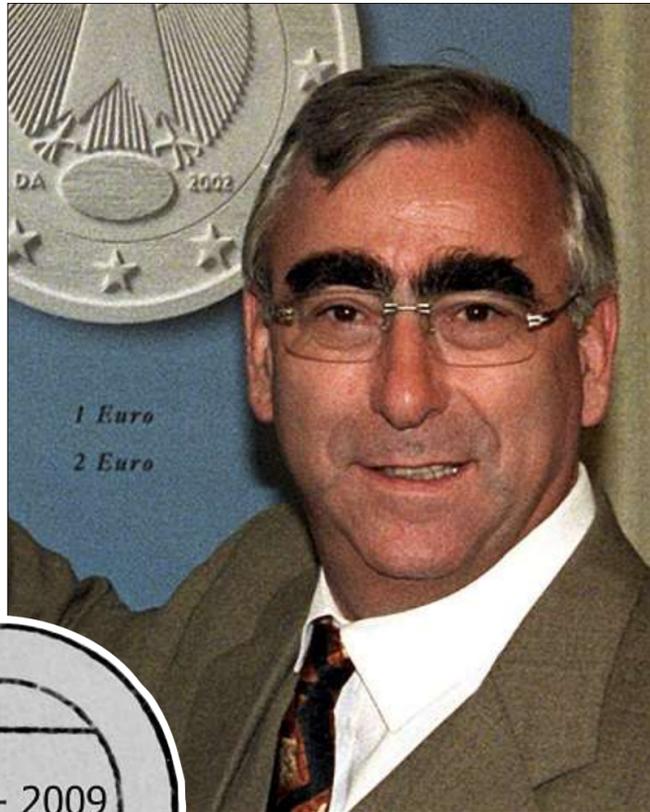
wenn Politiker und Militärs das Wort Krieg vermeiden. Dies zeigt, dass 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschland sich seiner politischen Verantwortung in der Welt nicht entziehen kann.

Ohne Reformen war ein so schwieriges Jahrzehnt nicht zu bestehen. Dabei bietet Deutschland ein merkwürdiges Bild. Totalreformen, wie etwa die Steuerreform von Prof. Kirchhof, führen zur To-

tablehnung. So zwingend notwendig Reformen wie die Erhöhung der Lebenserwartung von 65 auf 67 sind, sie werden von zwei Dritteln der Bevölkerung abgelehnt. Leise Reformen hingegen, sowohl was die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe anbelangt, wie auch bei Steuer- und Sozialpolitik, werden eher akzeptiert. In den Betrieben herrscht bei Personal- und Betriebsräten große Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Sobald unpopuläre Entscheidungen überregional wirksam werden, haben Gewerkschaften Probleme, dies zu vermitteln. Eine wichtige Entscheidung war die Einführung der Riester-Rente. Unabhängig von ihren bürokratischen Problemen ist sie die richtige Antwort auf die individuelle Versorgungslücke im Alter.

In der Mitte des Jahrzehnts wurde ein darstellungsgewandter Bundeskanzler durch eine eher kühle Bundeskanzlerin abgelöst. Sie setzte eine Wegmarke für den Wandel in der Politik, für das Vordringen von Frauen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Volksparteien wie CDU, CSU und SPD stehen vor ihren größten Bewährungsproben seit 1946. Alte Milieus bröckeln. Notwendige und im Ansatz richtige Reformen wie die Agenda 2010 bei der SPD und die Leipziger Beschlüsse bei der CDU führen zu innerparteilichen Revolten und Abstrafung durch die Wähler. Das verlangt ein neues Nachdenken in der Politik. Das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ beschäftigt die Menschen wie selten zuvor. Reformen werden nur dann durchgesetzt werden können, wenn die Spitzenverdiener Mäßigung und Vernunft zeigen. Mehr denn je sollte die Politik darauf hinweisen, dass Deutschland, Europa, die Europäische Zentralbank und die internationale Staatenwelt die Krise im Finanz- und Bankenbereich gut bewältigt hat. Allerdings sollten die Verantwortlichen auch darauf hinweisen, dass die Vermeidung einer Katastrophe viel Geld gekostet hat. Konsolidierung der Finanzpolitik ist das Gebot des nächsten Jahrzehnts.

Theo Waigel (70) war von 1989 bis 1998 Bundesfinanzminister und von 1988 bis 1999 CSU-Chef.



Von Reinhard Marx

Das erste Jahrzehnt des dritten Jahrtausends endet so, wie es begonnen hat: mit einer Wirtschaftskrise. Nach einer jahrelangen Hysterie um die Aktienmärkte platze im März 2000 die „Dotcom-Blase“. Millionen Kleinanleger, die mit dem Versprechen höchster Renditen zum Kauf von Technologieaktien animiert wurden, verloren große Teile ihres Vermögens. Eben noch umjubelte Firmen machten pleite, hochbezahlte Ingenieure waren plötzlich arbeitslos. Achteinhalb Jahre später kam es noch schlimmer. Die Krise des US-Immobilienmarkts riss im September 2008 die Weltwirtschaft in den Abgrund; die Gier verantwortungsloser Spekulanten vernichtete Billionen Euro, Massen von Arbeitsplätzen wurden zerstört, die finanziellen Folgen der Staatsverschuldung lasten schwer auf der Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Während die Politik auf der ganzen Welt derzeit immer noch die Scherben aufammelt, feiern die Investmentbanken an den Börsen schon wieder Rekordgewinne. Man kehrt zurück zum „business as usual“. Lernen wir nichts dazu?

Ich mag die Hoffnung nicht aufgeben, dass die aktuelle Wirtschaftskrise und Finanzkrise zum Umdenken zwingt. Dass endlich ein weltweiter Ordnungsrahmen die Kräfte der Globalisierung in sinnvolle Bahnen lenkt. Dass wir zu einer gerechten Verteilung der Güter kommen. Dass wir gemeinsam handeln im Blick auf den Klimawandel. Dass wir den Menschen, seine Würde und seine gedeihliche Entwicklung in den Mittelpunkt allen Wirtschaftens stellen. Gerade die Ärmsten und Schwächsten werden bitter dafür bezahlen, wenn dringend erforderliche, tief greifende Reformen ausbleiben.

In meiner Hoffnung bestärkt mich der deutsche Papst, dessen Wahl 2005 ja auch in diese erste Dekade fällt. Papst Benedikt XVI. hat im vergangenen Sommer seine



Trotz vieler Rückschläge sehen sie Deutschland auf einem guten Weg – vorausgesetzt, das Land ist sich seiner Verantwortung bewusst. Roland Berger (von o.l. im Uhrzeigersinn), Theo Waigel, Django Asül und Reinhard Marx lassen das vergangene Jahrzehnt Revue passieren. – Fotos: dpa

Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ veröffentlicht. Darin ruft er uns dazu auf, Konsequenzen aus den Fehlern zu ziehen, die die Finanzkrise ausgelöst haben: „Die Krise

„Wir leben von dem, was wir schenken“

verpflichtet uns, unseren Weg neu zu planen, uns neue Regeln zu geben und neue Einsatzformen zu finden, auf positive Erfahrungen zuzusteuern und die negativen zu verwerfen. So wird die Krise Anlass zu Unterscheidung und neuer Planung.“ Benedikt XVI. stellt das Wort der Liebe, der caritas, an den Beginn seines Lehrschreibens. Er meint damit nicht etwa ein romantisches Gefühl, sondern die Liebe

als Voraussetzung und Antrieb für das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Das christliche Menschenbild ist in der Liebe begründet. Alles Handeln des Menschen soll Ausfluss dieser Liebe sein, auch das wirtschaftliche – bis hin zu technischen Interaktionen auf den Finanzmärkten.

Jedes Gemeinwesen lebt nicht nur von dem, was wir einander aus Rechtsansprüchen schulden, sondern auch von dem, was wir einander schenken, etwa in der Familie. Der Heilige Vater spricht vom Prinzip der gratuität, also vom Prinzip des Schenkens, der Gabe, der Gnade. Mit diesem moralischen Appell weist uns der Papst den Weg, weit über dieses zu Ende gegangene Jahrzehnt hinaus.

Der gebürtige Westfale Reinhard Marx (56) ist Erzbischof von München und Freising.

Von Django Asül

Die Erkenntnis der letzten zehn Jahre: Die Erkenntnisse der vorherigen Jahrzehnte kann man in die Tonne treten. Zu indifferent, zu wirt und zu aktionistisch erscheinen viele gut gemeinten Ideen, Taten und Vorhaben. Die Wirtschaft wird immer globaler. Mit dem Verzicht auf Grenzen scheinen auch die Limits des Miteinanders außer Gefecht gesetzt. Kooperation ist eigentlich nur noch die Summe der Egoismen.

Die Politik verkündet große Ideale einerseits und verstrickt sich andererseits in immer kleinkariertem Regionalismus.

Dieses Jahrzehnt hat eindrucksvoll bewiesen: Der Mensch ist nicht in der Lage, groß angelegte

Strukturen zum Wohle aller zu schaffen. Es reichen ja auch nur ein paar Ausreißer zwischen Pakistan (Terror) und China (Klima), um alles zur Makulatur werden zu lassen. Vieles, was bis vor kurzem völlig abstrus und bar jeder Logik erschien, wurde in diesem Jahrzehnt Wirklichkeit.

In Deutschland beispielsweise hat es eine namentlich sozialdemokratische Partei geschafft, der Gesellschaft den Boden nachhaltig nach unten zu öffnen – mittels Hartz IV.

Gleichzeitig setzt die FDP zu einem Höhenflug an, obwohl die Mär von der sich selbst regulierenden und somit vollends freien Wirtschaft den Planeten auf den Weg zum Insolvenzverwalter schickte. Das Problem war das viele billige

Geld, das Banken und Anleger in immer riskantere und komplexere Anlagen trieb. Und wie soll das Problem gelöst werden? Richtig, mit noch mehr billigem Geld, was Marktteilnehmer (oder vielleicht eher Marktausbeuter) in alte Verhaltensmuster drückt.

Es hat fast schon etwas von Symbolcharakter, dass just zum Ende des Jahrzehnts die Vergabe des Friedensnobelpreises die Schizophrenie der Zivilisation aufzeigte: Ein neu gekürter US-Präsident bekommt den Preis. Und zwar quasi als Ermunterung, er möge doch für ein bisschen mehr Frieden sorgen. Barack Obama wiederum bedankte sich verschämt und stellte fest,

„Es regierte die Schizophrenie“

dass er den Preis eigentlich gar nicht verdient hat. Und um seiner These Nachdruck zu verleihen, beschließt er erst einmal, in Afghanistan ein bisschen mehr Krieg zu veranstalten. Ein Land soll mehr oder weniger zu seinem Glück gebombt werden.

Andererseits ist der Westen aber verwundert, wieso der Afghane sich ziert, wenn es um Dankbarkeit geht. Eigentlich fragen sich die Vereinten Bomber-Nationen: Wie viele von euch müssen wir eigentlich noch umbringen, damit ihr uns gern habt?

Wenigstens Angela Merkel verkrümelt sich in Berlin und hofft, auch in Zukunft an der Macht bleiben zu können, ohne regieren zu müssen.

Wie gesagt: Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts regierte die Schizophrenie.

Django Asül (37), niederbayerischer Kabarettist mit türkischen Wurzeln.

